

78

AB

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ-Gemeinderäte Mag. Günter Kasal, Mag. (FH) Alexander Pawkowicz, Dr. Alfred Wansch, Stefan Berger, Michael Niegl und Elisabeth Schmidt betreffend selbstauferlegte Zweckwidmung der Rückflüsse der Wiener Wohnbauförderung, eingebracht in der Spezialdebatte „Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung“ im Rahmen der Debatte zum Budgetvoranschlag 2018 am 21.11.2017

Trotz einer von hohem Niveau aus weiter ansteigenden Wohnkostenbelastung in der Bundeshauptstadt werden immer geringere Mittel für die Wohnbauförderung budgetiert. Trotz eines gleichzeitig rapide ansteigenden Wohnungsbedarfes – insbesondere im Segment des leistbaren Mietwohnraums – wird ausgerechnet hier der Sparstift angesetzt.

Anstatt Kürzungen vorzunehmen wäre es vielmehr erforderlich, sich eine Zweckwidmung der Rückflüsse der Wohnbauförderung selbst aufzuerlegen. Derzeit werden diese Mittel zu weiten Teilen zweckentfremdet missbraucht, um willkürlich Budgetlöcher zu stopfen. Gleichzeitig verkünden namhafte Stadtpolitiker aus den Reihen von Rot und Grün – allen voran Wohnbaustadtrat Michael Ludwig – die Bauleistung steigern zu wollen. Hier wird die wohnpolitische Kerze letztlich an zwei Enden angezündet: Mit immer geringeren Mitteln sollen also immer mehr Wohnungen gebaut werden. Ausufernde Kosten für die Beschaffung von Bauland verschärfen die Situation zusätzlich und stellen viele Bauträger vor finanzielle Hürden, mit denen letztlich auch die Bewohnerschaft zu kämpfen hat. Ein Teufelskreis, der – neben dem ungeregelten Zuzug – wesentlich mitverantwortlich für die Wiener Wohnungskrise ist. Ein ehrliches Bekenntnis zur Leistbarkeit muss folglich mit einem konsequenten Bekenntnis zur Zweckwidmung der Rückflüsse aus der Wohnbauförderung einhergehen.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden



B e s c h l u s s a n t r a g:

Der amtsführende Stadtrat der Geschäftsgruppe „Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung“ Dr. Michael Ludwig wird aufgefordert, die gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine Zweckwidmung von Rückflüssen aus der Wiener Wohnbauförderung zu schaffen, um diese Mittel dem Wohnungsneubau wieder zuführen zu können.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.